

**Bernhard Vogt**



**Franz Oppenheimer  
Wissenschaft und  
Ethik der Sozialen  
Marktwirtschaft**

**PHILO**

Franz Oppenheimer

Studien zur Geistesgeschichte  
Band 22

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Julius H. Schoeps  
Moses Mendelssohn Zentrum  
für europäisch-jüdische Studien  
Universität Potsdam

Bernhard Vogt

Franz Oppenheimer

Wissenschaft und Ethik der sozialen Marktwirtschaft

PHILO

E-Book (ePDF)

Erstausgabe (Print):

© 1997 Philo Verlagsgesellschaft mbH, Bodenheim

Alle Rechte vorbehalten.

E-Book-Ausgabe:

CEP Europäische Verlagsanstalt GmbH, Hamburg 2022

ePDF: ISBN 978-3-86393-632-7

Informationen zu unserem Verlagsprogramm finden Sie im Internet unter  
[www.europaeischeverlagsanstalt.de](http://www.europaeischeverlagsanstalt.de)

# Inhalt

Einleitung	7
Die Theorie des „liberalen Sozialismus“	15
Das wirtschaftspolitische Denken Franz Oppenheimers	17
Arzt und „Gesellschaftstherapie“	32
Die Kritik der „ursprünglichen“ Akkumulation	44
Die „politische“ Ökonomie und der Sozialismus	58
Verteilung und Konjunktur	76
Prämissen einer Theorie der „Wirtschaftsgesellschaft“	94
Sittlichkeit und Wirtschaftsordnung	110
Geist und Macht	131
Franz Oppenheimer und die bürgerliche Sozialreform	133
Die Teleologie des Staates	140
Siedlungspolitik als Lebensaufgabe	151
Exkurs: Der Zionismus als „idealistische Bewegung“	162
Politik und Publizistik	189
Die „Freibürgerschaft“ und der Totalitarismus	211
Grenzüberschreitung der Wissenschaften	231
Universalsoziologie und Neoliberalismus	233
Konzeption und Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft	239
Widerstand und Neoliberalismus:	
Zur Vorgeschichte der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung	258
„Sozialer Liberalismus“ versus „liberaler Sozialismus“	264
Freiheit oder Gleichheit:	
Franz Oppenheimer und Ludwig Erhard	282
Schlußbetrachtung	294
Anhang	301
Zitierte Werke Franz Oppenheimers	303
Verzeichnis der Archivalien	309
Verzeichnis der Sekundärliteratur	316
Personenregister	341



## Einleitung

„Franz Oppenheimer glaubte an die Vereinbarkeit des scheinbar Unvereinbaren. Er verwandte sein Lebenswerk darauf, die Möglichkeit einer ‚brüderlich geeinten Gesellschaft der Freien und Gleichen‘ zu beweisen. In meinen Ohren klingt das fast wie eine Devise der Französischen Revolution. Oppenheimer schrieb sein Plädoyer für Freiheit und Gleichheit allerdings mehr als hundert Jahre später, im Jahr 1919, in einer Zeit schlimmster sozialer Not in ganz Europa. Er warb deshalb für die im 19. Jahrhundert, zu Zeiten des Manchester-Kapitalismus, verschüttete Erkenntnis, daß die Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern daß sie ein zutiefst soziales Ziel hat: die bestmögliche Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse in einer freien Gesellschaft.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten erinnerte Bundespräsident Roman Herzog im September 1995 anlässlich der Präsentation des ersten Bandes der „Gesammelten Schriften“ Oppenheimers an Leben und Werk des ersten deutschen Ordinarius für Soziologie, der heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Dies erstaunt um so mehr, als Oppenheimer Doktorvater von Ludwig Erhard war und als Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft gilt. In der Geschichtsschreibung zur Sozialen Marktwirtschaft wurde Oppenheimer, trotz zahlreicher Hinweise auf seine Bedeutung, bisher kaum berücksichtigt. Seine Biographie war typisch für jene Generation deutsch-jüdischer Gelehrter, die das vielfältige wissenschaftliche Leben in Deutschland bis zum Nationalsozialismus maßgeblich mitgestalteten. Die Nationalsozialisten verfolgten Oppenheimer nicht allein als Kritiker von Machtkonzentrationen und Monopolen, sondern auch als Jude. Seine Schriften wurden nach 1933 verboten und eingezogen. Die nationalsozialistischen Machthaber liquidierten seine Siedlungsgenossenschaften und zwangen Oppenheimer 1938 zur Emigration, wo er als Gelehrter von internationalem Rang verarmt starb.

---

1 Herzog, Roman (1995), Freiheitlicher Staat, humane Gesellschaft, soziale Marktwirtschaft, Vortrag anlässlich der Präsentation: Gesammelte Schriften zur Demokratie und Marktwirtschaft von Franz Oppenheimer am 27. September 1995 in Potsdam, hg. v. Landesbank Berlin u. Moses Mendelssohn Zentrum an der Universität Potsdam, Berlin, S. 3-14, Zitat S. 5.

In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung nach der deutschen Vereinigung wurde ein Trend der 80er Jahre noch verstärkt: Manager diskutierten mit Theologen über Unternehmensethik; Ost- und Westeuropäer kritisierten entlang der ehemaligen Grenzen des Kalten Krieges die Amoralität des jeweils anderen Wirtschaftssystems; Kirchen, Verbände, Medien und Parteien beklagten in seltener Einmütigkeit den moralischen Verfall im öffentlichen Leben und forderten die Rückkehr zu tradierten Werten. Die verbreitete Orientierungslosigkeit wurde begleitet von einer schier unübersehbaren Fülle von Publikationen vor allem zur Wirtschaftsethik, die jedoch oft über ein appellatives Niveau kaum hinaus kamen.<sup>2</sup> In einer Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an der John Hopkins University in Baltimore am 24. Mai 1993 verlieh der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker diesem Problem Ausdruck: „Wir brauchen eine Ethik, um mit den Ergebnissen der Wissenschaft verantwortungsbewußt umgehen zu können. Und da die Auswirkungen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts oft unvorhersehbar und ambivalent sind, ist die Ethik bei den Mitteln, die wir unterwegs einsetzen, nicht weniger wichtig als beim Ziel, das wir ansteuern.“<sup>3</sup>

---

2 Zur neueren Diskussion vgl. Ludwig-Erhard-Stiftung [Hg.] (1988), Die Ethik der sozialen Marktwirtschaft. Thesen und Anfragen, Stuttgart/New York; Beauchamp, Tom L./Bowie, Norman E. (1988), Ethical Theory and Business, Englewood Cliffs/New Jersey (USA); Gutmann, Gernot/Schüller, Alfred [Hg.] (1989), Ethik und Ordnungsfragen der Wirtschaft, Baden-Baden; Müller, Eckart/Diefenbacher, Hans [Hg.] (1992), Wirtschaft und Ethik - eine kommentierte Bibliographie, Heidelberg und Vogt, Bernhard (1993), Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 30. Jg., Nr. 97, 1993, S. 3-8. Auch in den USA zeichnet sich ein Trend in diese Richtung ab - trotz der Dominanz des neoamerikanischen Wirtschaftsmodells (vgl. Piper, Nikolaus (1992), Moral schlägt Profit. Eine Bewegung in Amerika setzt auf das Gemeinwohl bei der Erneuerung der Ökonomie, in: Die Zeit, 16/1992, S. 31).

3 Weizsäcker, Richard v. (1993), Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der John Hopkins University in Baltimore am 24. Mai 1993, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 48, 8. Juni 1993, Bonn, S. 513-6, Zitat S. 516.

In der Tat widmen sich mehrere wissenschaftliche Einrichtungen diesem Problem, etwa das Institut für Wirtschafts-Ethik an der Hochschule St. Gallen oder das Institut für Wissenschaft und Ethik, das an den Universitäten Bonn und Essen angesiedelt ist.

## Einleitung

Das Verhältnis eines Wissenschaftlers zu seiner Umwelt ist von grundsätzlicher Bedeutung für seine Arbeit, ob er etwa als Politikberater, Publizist oder unabhängiger Gelehrter auftreten will. Entscheidet sich ein Wissenschaftler für das Prinzip der Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten, gilt es, das Verhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft und Ökonomie zu bestimmen. Im allgemeinen lassen sich bei den verschiedenen Möglichkeiten zwei Extrempositionen feststellen. Einmal die des Pragmatikers, der die politischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen akzeptiert, sich auf die Untersuchung von klar eingegrenzten Problemen beschränkt und seine Forschungsergebnisse Politik und Wirtschaft zur Verfügung stellt. Zum anderen die des Utopisten, der normativ von Werten oder kritisch von der Negation des Bestehenden ausgeht, zum Entwurf eines idealen Staats- oder Gesellschaftsmodells fortschreitet und versucht, seine Vorstellung politisch zu verwirklichen. Der deutsch-jüdische Soziologe und Nationalökonom Franz Oppenheimer war ein politischer Wissenschaftler mit der Fähigkeit zum utopischen Entwurf. Er betrachtete ethische Grundsätze als integralen Bestandteil seines Wissenschaftsverständnisses und forderte, ethische Prinzipien zur Grundlage der Nationalökonomie zu erheben, wenn diese den Anspruch erfüllen wolle, eine Marktwirtschaft sozial gerecht zu gestalten. In seinem Hauptwerk „System der Soziologie“ (1922-35) formulierte er das interdisziplinäre Konzept einer „Universalsoziologie“, das beanspruchte, Nationalökonomie, Geschichtswissenschaft, Psychologie, Soziologie und Ethik in einem einheitlichen System zusammenzufassen. Die Sozialwissenschaften sollten sich nach Meinung Oppenheimers den sozialen Problemen stellen und konstruktive Lösungsvorschläge formulieren. Dogmatische Auseinandersetzungen um ideologische Grundsatzpositionen waren ihm verhaßt. Zeit lebens führte Oppenheimer einen publizistischen Kampf gegen nationalistische Borniertheit, ideologischen Starrsinn und Apologetentum in Wissenschaft und Politik. Seine Utopie, sein „Dritter Weg“ war die Verbindung von Liberalismus und Sozialismus zu einer harmonischen Gesellschaftsordnung.

Die zentrale These seines „liberalen Sozialismus“ war, daß die politisch bedingte Existenz von Monopolen für die soziale Ungleichheit verantwortlich sei. Oppenheimer verwendete die soziologische Überlagerungstheorie, die die Entstehung des Staates auf die Unterdrückung

freier Bauern durch politische Gewalt zurückführte. Der Kapitalismus und seine industrielle Reservearmee resultierten nach Oppenheimer aus der Fortführung der „Bodensperre“ durch das Großgrund Eigentum. Im Gegensatz zur marxistischen These glaubte er nicht, Landflucht, Arbeitslosigkeit und soziales Elend durch die „Expropriation der Expropriateure“ beseitigen zu können. Der Produktivitätsfortschritt sei, so seine These, ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht denkbar. Die wirklich freie Konkurrenz würde zur „Harmonie der Interessen“ führen. In einer Zeit des Übergangs von einer agrarischen zur industriellen Gesellschaft unterschied Oppenheimer deshalb den „friedlichen Wettbewerb“ der idealen Marktwirtschaft, wo der Boden frei zugänglich sei, vom „feindlichen Wettkampf“ der politischen Ökonomie, wo das Monopol der Grundbesitzer die Besiedlung versperre. Er rückte damit die Frage der außerökonomischen Macht in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben in den Vordergrund. Er wollte durch die Gründung von Siedlungsgenossenschaften die Macht der Monopole brechen, die Dynamik der freien Marktwirtschaft entfalten, Wohlstand, Freiheit *und* Gleichheit in einer politischen *und* ökonomischen Demokratie verwirklichen. Er beschränkte sich nicht auf die wissenschaftliche Betrachtung, die Theorie habe sich in der Praxis zu bewähren. Den Schwerpunkt seiner politischen Aktivitäten bildete die deutsche und zionistische Siedlungsbewegung. Seine politische Publizistik war ihm Mittel, Anhänger und materielle Unterstützung für konkrete Siedlungsprojekte zu gewinnen. Werk und Leben Oppenheimers waren untrennbar verbunden. Er versuchte seine Synthese von Liberalismus und Sozialismus, wissenschaftlich und persönlich glaubhaft zu machen. Doch seine Hoffnung blieb Utopie – auch in Palästina. Bei den Liberalen im Kaiserreich und der Weimarer Republik fand er keine Resonanz. Kommunisten und Sozialisten stigmatisierten Oppenheimer als „Abweicher“. Nur bei der Sozialdemokratie hatte er partiellen Erfolg. Einige seiner Ideen fanden Eingang in das Agrarprogramm der SPD von 1927. Bis zu seinem Tod im amerikanischen Exil 1943 blieb er seinem Glauben an die „Kraft der Vernunft“ und die Teleologie der Geschichte treu. In der bisher unveröffentlichten Denkschrift „Pax Americana“ entwickelte er eine Nachkriegsordnung, in der die Vereinten Nationen unter Führung der USA einen gemeinsamen Markt und Minderheitenrechte gewährleisten sollten.

## Einleitung

Oppenheimer bekannte sich zu seiner jüdischen Herkunft – selbst wenn es ihm nicht zum Vorteil gereichte. So vermutete im März 1914 ein amerikanisch-jüdischer Autor, daß Oppenheimer ungeachtet seiner hohen wissenschaftlichen Reputation in Deutschland nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft eine ordentliche Professur verweigert worden sei.<sup>4</sup> Oppenheimer war tief in der deutsch-jüdischen Geistes- und Philosophiegeschichte verwurzelt, was sich vor allem in seinem Verständnis von Wirtschaft, Wissenschaft und Ethik zeigte. Bisher wurde er zumeist nur in der positivistischen Tradition des 19. Jahrhunderts wahrgenommen und sein umfassendes System der Sozialwissenschaften als monistisch und überholt kritisiert. Dabei betrachtete man Oppenheimer entweder als Soziologen *oder* als Nationalökonom und vernachlässigte historische sowie biographische Aspekte weitgehend. Die „wertfreie“ Wissenschaft habe Oppenheimer nur dem Namen nach formuliert, so ein häufig erhobener Vorwurf, seine Untersuchungsergebnisse seien durch die Kritik am Großgrundbesitz vorherbestimmt gewesen. Trennt man die Untersuchung nicht künstlich nach später entstandenen Differenzierungen der Fachdisziplinen und berücksichtigt die Entstehung der Soziologie aus der Nationalökonomie, so entsteht ein neues Bild. Der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter beklagte sich vor dem Ersten Weltkrieg, daß die Mehrzahl der deutschen Ökonomen eher Sozialwissenschaftler geworden seien. Schumpeter forderte die Historische Schule der Nationalökonomie durch eine theorieorientierte Wirtschaftswissenschaft abzulösen, um diesen Mißstand zu beseitigen.<sup>5</sup> Tatsächlich endete für viele die Auseinandersetzung um die Beendigung des theoretischen Defizits der Historischen Schule in der Etablierung einer neuen Wissenschaft, der historischen Soziologie. Oppenheimer bemühte sich, um eine Vermittlung von Nationalökonomie und Soziologie in einem interdisziplinären System. Er war der Ansicht, daß die historische Untersuchung von Wirtschaftsprozessen ohne die Formulierung einer Theo-

---

4 Vgl. Cohen, Israel (1914), Dr. Franz Oppenheimer, The Propagator of Liberal Socialism, in: The American Hebrew and Jewish Messenger, Bd. XCIV, Nr. 20, 13. März 1914.

5 Vgl. Swedberg, Richard (1994), Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, aus dem Engl. übers. v. Johannes G. Pankau, Stuttgart, S. 44-6.

rie, die soziologische Aspekte berücksichtigte, weder wissenschaftlich noch politisch genügen konnte, um einen Beitrag zur Bewältigung der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme zu leisten.

Die bisherige Rezeption Oppenheimers war häufig die Ursache für Mißverständnisse und ließ viele Fragen offen. Wie waren zum Beispiel seine oft selbstgerecht wirkenden Ausführungen mit seinen ständigen Aufrufen zur Kritik zu vereinbaren? Wie konnte ein so entschiedener Kritiker des Obrigkeitsstaates und der Klassenherrschaft gleichzeitig patriotische Anschauungen vertreten? Wieso sah Oppenheimer keinen Widerspruch zwischen sozialer Gleichheit und freier Marktwirtschaft? Die vorliegende Arbeit versucht deshalb erstmals, die sozio-ökonomische Theorie Oppenheimers vor dem biographischen und historischen Hintergrund darzustellen und die Bedeutung des Judentums für sein Denken zu untersuchen. Um das Werk Oppenheimers nicht einem vorgefertigten Interpretationsmuster zu unterwerfen und Ergebnisse zu präjudizieren, wurde ein offener Zugang gewählt und die Schriften primär „aus sich heraus“ beschrieben und analysiert. Aufgrund des notwendig langen Untersuchungszeitraums war es leider nicht immer möglich, historische oder ideengeschichtliche Fragestellungen ausführlich zu thematisieren. Dies muß weiteren Arbeiten überlassen bleiben. Erst im Anschluß an die Betrachtung von Leben und Werk war die Frage der Rezeption Oppenheimers bei der Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft zu beantworten. Die Wirtschaftsmodelle der verschiedenen neoliberalen Wissenschaftler, die an der Entstehung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung beteiligt waren, konnten nicht detail beschrieben und mit Oppenheimers Thesen verglichen werden. Dies hätte den Rahmen der Arbeit bei weitem gesprengt. Wichtiger noch: Die Soziale Marktwirtschaft war ursprünglich kein in sich geschlossenes wissenschaftliches Modell, sondern eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeption, die sich aus mehreren, zum Teil divergierenden Elementen zusammensetzte und flexibel auf wirtschaftliche Entwicklungen reagierte. Im Mittelpunkt steht daher die vergleichende Analyse des jeweiligen wirtschaftspolitischen Gestaltungsanspruchs.

---

6 Schoeps, Hans Joachim (1967), *Zeitgeist im Wandel*, Bd.1 (Das Wilhelminische Zeitalter), Stuttgart, S. 8.

## Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist eine überarbeitete Fassung meiner Dissertation „Wirtschaft, Wissenschaft und Ethik. Franz Oppenheimers ‚liberaler Sozialismus‘ und seine Rezeption bei der Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft“ zur Erlangung des philosophischen Doktorgrades der Philosophischen Fakultät I der Universität Potsdam. Als Gutachter fungierten Prof. Dr. Julius H. Schoeps und Prof. Dr. Erhard Stöltzing. Die mündliche Prüfung fand am 28. Januar 1997 statt.

Für die Überlassung von Archivmaterial und sonstige Unterstützung bin ich folgenden Einrichtungen zu Dank verpflichtet:

Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Archiv der Johann Wolfgang Goethe Universität (Frankfurt am Main), Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung (Bonn), Archiv der Siedlungsgenossenschaft Merchawjah (Kibbutz Merchawjah, Israel), Archiv der Sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), Bundesarchiv Koblenz, Central Zionist Archives (Jerusalem), Exil-Archiv der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, The Franz Rosenzweig Research Center for German-Jewish Literature (Hebrew University, Jerusalem), Martin-Buber-Archiv (Hebrew University Jerusalem), Leo Baeck Institute (New York), Max-Horkheimer-Archiv der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz (Berlin), Universitätsbibliothek Duisburg, Zentrales Staatsarchiv Moskau (Sonderarchiv).

Für persönliche Gespräche, Anregungen und sonstige Unterstützung danke ich:

Meiner Frau Ruth-Renate, Stephané Mosès (Paris/Jerusalem), der Familie Franz Oppenheimers insbesondere Renata Lenart (München/Green Valley Lake, California, USA), Rüdiger vom Bruch (Berlin), Dirk Evers (Potsdam), Ita Heinze-Greenberg (Tel Aviv), Margret Heitmann (Duisburg), Gerd Preiser (Heidelberg), Ruth Röcher (Siegen), Leonhard Schuhmacher (Mainz), Eberhard Straub (Essen), Wolfgang Voigt (Hamburg), Claudia Waldhans (Hannover), Hartwig Wiedebach (Göppingen), Horst Friedrich Wünsche (Bonn), Avraham Yassour (Kibbutz Merchawjah, Israel) und vor allem Willi Jasper (Köln).

Mein besonderer Dank gilt Julius H. Schoeps (Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam), der mir diese Arbeit durch seine verständnisvolle Begleitung ermöglicht hat.



# Die Theorie des „liberalen Sozialismus“



## Das wirtschaftspolitische Denken Oppenheimers

In der Stellung zur Wirtschaftspolitik lassen sich zwei Hauptrichtungen der Wirtschaftswissenschaften unterscheiden. Die eine propagiert den völligen Verzicht, Ziele oder Paradigmen der Wirtschaftspolitik zu bestimmen und äußert sich lediglich zur Frage der Mittel, jene zu erreichen. Diese Auffassung wurde zum Beispiel von Anhängern der Historischen Schule vertreten, die die Nationalökonomie in Deutschland im 19. Jahrhundert weitgehend dominierte. Die andere Position, daß Wirtschaftswissenschaftler selbst die wirtschaftspolitischen Ziele bestimmen sollen, wurde unter anderem von Franz Oppenheimer seit Ende des 19. Jahrhunderts und der neoliberalen Schule in Deutschland nach der Beendigung des 2. Weltkrieges propagiert. Für Oppenheimer bildete die zusammenhängende Kritik von sozialistischer und liberaler Theorie, Kapitalismus und formaler Demokratie die wichtigste Voraussetzung, um die großen sozialen Probleme zu lösen. Geprägt wurde diese Ansicht einerseits durch das Aufeinanderprallen von Liberalismus und Sozialismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, deren wirtschaftspolitische Extremmodelle, die staatsfreie Marktwirtschaft des *laissez faire* und die zentralistische Planwirtschaft des Staatssozialismus, sich unversöhnlich gegenüber standen. Auf der anderen Seite bestimmte die soziale Frage, gekennzeichnet durch Bevölkerungswachstum, Landflucht, Verstädterung, Arbeiterfrage und Wirtschaftskrisen den Gegenstand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.<sup>1</sup> Die Ursa-

---

1 Vgl. Eucken, Walter (1952/1990), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hg. v. Edith Eucken u. Paul Hensel, Tübingen, S. 1-25 u. Ders. (1948/1988), Die soziale Frage, in: Hohmann, Karl/Schönwitz, Dietrich/Weber, Hans-Jürgen/Wünsche, Horst Friedrich (Hg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2 (Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft), Stuttgart/New York, S. 91-102.

Der Anteil der städtischen Unterschicht an der deutschen Bevölkerung stieg von 14 Prozent 1845 auf 42 Prozent im Jahre 1907, gleichzeitig verringerte sich die Quote der armen und besitzlosen, ländlichen Unterschicht trotz enormen Bevölkerungswachstums von 31 Prozent auf 22 Prozent (vgl. Saalfeld, Diedrich (1984), Die sozialökonomischen Lebensbedingungen der Unterschichten Deutschlands im 19. Jahrhundert, in: Kaufhold, Karl H./Riemann, Friedrich (Hg.), Theorie und Empirie in Wirt-

chen für die sozialen Mißstände sah Oppenheimer nicht in der freien Konkurrenz, sondern in der Abwesenheit derselben. Der „feindliche Wettkampf“ von Monopolen beeinträchtigt, so seine These, die Funktionen der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Die Hauptverantwortung für diese „politische“ Ökonomie trage das Großgrundigentum, denn die agrarischen Besitz- und Produktionsverhältnisse zwingen nach seiner Meinung die landlose Bevölkerung zur Flucht in die Städte, was Arbeitslosigkeit, soziales Elend und Wirtschaftskrisen hervorrufe. Das Großgrundigentum sei dazu nur in der Lage, weil es den Staat für seine Interessen instrumentalisiert. Oppenheimer forderte daher, Monopole und außerökonomische Machtpositionen in der Wirtschaft zu beseitigen und die Gleichberechtigung jedes einzelnen Produzenten wiederherstellen. Für ihn war das die Voraussetzung für die Synthese von sozialer Gleichheit und ökonomischer Freiheit, die er mit seiner Theorie des „liberalen Sozialismus“ ausführlich begründete.

Oberflächlich erschien Oppenheimers Synthese von Liberalismus und Sozialismus als Appendix traditionellen liberalen Denkens. Der Staat sollte in seiner Rolle als Instrument der herrschenden Klasse eliminiert werden, die er in erster Linie im feudalen und postfeudalen Großgrundigentum ausmachte. Insofern könnte man seine politische Theorie im Zusammenhang des bürgerlichen Machtkampfs gegen das Feudalsystem im 19. Jahrhundert sehen. Auch wandte Oppenheimer sich gegen eine Umfunktionierung des Staates durch die sozialistische Arbeiterbewegung, weil dies die Fortsetzung des staatlichen Unterdrückungssystems mit umgekehrten Vorzeichen dargestellt hätte. Die Forderung nach sozialer Gleichheit könnte vor diesem Hintergrund als moralisches Feigenblatt interpretiert werden, um das erwünschte freie Spiel der Marktkräfte zu legitimieren. Doch wird diese Deutung Oppenheimers Theorie nicht gerecht. In seiner nationalökonomischen Arbeit richtete sich sein Bestreben auf die Formulierung einer widerspruchsfreien Theorie marktwirtschaftlicher Konkurrenz, die freilich eine ethisch begründete Funktion haben sollte, nämlich den allgemei-

---

schaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift für Wilhelm Abel zum 80. Geburtstag, Göttingen., S. 189-216, hier S. 192 u. Henning, Friedrich-Wilhelm (1973), Die Industrialisierung in Deutschland von 1800 bis 1914, Paderborn, S. 105).

nen gesellschaftlichen Wohlstand herzustellen und zu gewährleisten. Die Ökonomie könne und dürfe ihre Ziele nicht willkürlich oder funktional wählen und zum Beispiel Wirtschaftswachstum, Preisstabilität oder ähnliches als sich selbst legitimierende Ziele deklarieren. Die Ökonomie habe stets eine soziale Funktion und Aufgabe – der Wirtschaftsprozeß funktioniert nach Oppenheimers Definition nur durch ein ständiges Hinausgreifen der Akteure über das unmittelbare wirtschaftliche Geschehen.

Eine, wie auch immer gestaltete, staatliche Verordnung von wirtschaftspolitischen bzw. ökonomischen Ziele schied für Oppenheimer aus, da dies nach seiner Staatstheorie nicht wertneutral bzw. unabhängig von Gruppeninteressen geschehen konnte. Der Staat könne nie dem Ideal des deutschen Bürgertums eines „ehrlichen Maklers“ entsprechen, der die widerstreitenden Gruppeninteressen ausgleicht und integriert. Auch wenn Oppenheimer im Sinne bürgerlicher Sozialreform ein harmonisches Gesellschaftsmodell vertrat, das widerstreitende Gruppeninteressen integrieren sollte, lehnte er eine Politik des „Law and Order“ ab, da eine „befriedete“ Gesellschaft ohne grundlegende Reformen unmöglich sei. Dies müsse immer zur Unterdrückung berechtigter sozialer Ansprüche von diskriminierten und ausgebeuteten Gruppen führen. Die staatliche Intervention verschlimmere in der Regel die sozialen Mißstände noch mehr. Oppenheimer glaubte nicht an die Möglichkeit einer „interessenneutralen“ Politik. Er wendete sich strikt gegen jede „Staatsverherrlichung“, gegen den Mythos einer staatlichen Kompetenz zur optimalen Gestaltung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse, wie er von vielen „Kathedersozialisten“ propagiert wurde.<sup>2</sup> Jede Ökonomie, die die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Individuen bzw. der Wirtschaftssubjekte einschränkt, war nach Ansicht Oppenheimers zum Scheitern verurteilt – jede Festlegung von volkswirtschaftlichen Zielgrößen, etwa auch die Verpflichtung zur Einstellung von neuen Arbeitskräften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würde unter diese Kategorie fallen und ausscheiden. Jede dirigistische, planwirtschaftliche Lenkung war nach seiner Meinung überflüssig, da der freie Wettbewerb „naturgesetzlich“ den allgemeinen

---

2 Vgl. Barkai, Avraham (1988), Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie und Politik 1933-1945, Frankfurt a. M., S. 79-84.

Wohlstand verwirkliche. Dies gelte jedoch nur dann, und spätestens an dieser Stelle kündigte Oppenheimer den liberalen Konsens, wenn die bestehenden „Störungen“ beseitigt würden. Seine Herrschaftskritik war weitaus radikaler als die liberale Forderung der staatlichen Nichteinmischung in die Wirtschaft. Die außerökonomische, sprich staatliche Gewaltausübung müsse ebenso beseitigt werden, wie die Machtansammlung von Monopolen, die von der liberal-bürgerlichen Nationalökonomie fälschlich mit der These der „ursprünglichen Akkumulation“ gerechtfertigt würden. Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit resultierten für Oppenheimer nicht aus ökonomischen Beziehungen, sondern aus deren Deformation durch politische Gewalt. Er wendete sich nicht gegen den Privatbesitz an Produktionsmitteln, weil er diesen zur Stimulierung der Leistungsbereitschaft der Wirtschaftsakteure als unverzichtbar erachtete, aber er lehnte die unkontrollierbare Ansammlung von Kapital ab, weil sie „arbeitsloses Einkommen“ und die ökonomische Ausbeutung von anderen Menschen ermögliche, was er übrigens vom Unternehmergewinn trennte, der auch in der „reinen“ Ökonomie auftrete.

Im besonderen Maße treffe dies auf das Großgrundeigentum zu. Oppenheimer verwendete in seiner Argumentation die soziologische Überlagerungstheorie, die von Ludwig Gumplowicz begründet und in der bundesdeutschen Nachkriegssoziologie noch von Alexander Rüstow vertreten wurde. Er führte die Entstehung des Staates und des Kapitalismus auf die Unterdrückung freier Bauern durch politische Gewalt zurück. Die kapitalistische Monopolwirtschaft und die industrielle „Reservearmee“ resultierten in letzter Instanz aus der Fortführung der „Bodensperre“ durch das Großgrundeigentum. Die starke Zuspitzung seiner Theorie auf die „Überlagerungsthese“ und die „Bodensperre“, war sicherlich der wichtigste Grund, weshalb der „liberale Sozialismus“ wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch zu seinen Lebzeiten kaum praktische Bedeutung erlangte. Erschwerend kam Oppenheimers Anspruch hinzu, die Theorie der nationalökonomischen Klassiker wiederbeleben und mit der Methodik der Historischen Schule in Einklang bringen zu wollen. Im wesentlichen versuchte er, dies durch die Bildung von Idealtypen und Modellen zu erreichen, deren Gültigkeit er mittels wirtschaftsgeschichtlicher Abhandlungen bestätigt sah. Die Schwäche dieser positivistischen Vorgehensweise bestand darin,

daß Oppenheimer in der Darstellung den Modellen folgte und abweichende Tatsachen vernachlässigte, womit natürlich eine Überprüfung seiner theoretischer Aussagen kaum möglich war. Primär sollte sich seine Theorie in der Praxis bewähren. Freilich ging er nicht so weit, nach dem Scheitern der ersten Siedlungsversuche seine Theorie zu überprüfen. Oppenheimer rechtfertigte dieses Beharren mit dem Erfolg seiner später gegründeten Siedlungsgenossenschaften und der Dringlichkeit des Problems der Landflucht, dem in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein hoher Stellenwert beigemessen wurde. Trotzdem lagen für diese soziale Frage kaum überzeugende wissenschaftliche oder politische Lösungskonzepte vor.

Oppenheimer unterschied zwischen der „reinen“ Marktwirtschaft, in der der Boden frei zugänglich sei, und der „politischen“ Wirtschaft, in der das Monopol der Großgrundbesitzer die Besiedlung versperre. Seine „(...) Überlegungen zur Bestimmung der ‚natürlichen‘ oder, wie Oppenheimer sagt, ‚statischen‘ Preise bewegen sich weitgehend in den bekannten arbeitstheoretischen Bahnen und bieten wenig Neues. Neu ist hingegen die vorgetragene Erklärung der Ursache und Höhe des Kapitalprofits über die sogenannte ‚Bodensperre‘. Dies ist Oppenheimers spezifische Antwort auf die in der damaligen Zeit besonders heftig umstrittene, von Böhm-Bawerk schließlich auf ‚Macht oder ökonomisches Gesetz?‘ zugespitzte Frage. Gleich Böhm-Bawerk vertritt Oppenheimer die Auffassung, daß gesellschaftliche Macht nicht außerhalb und gegen, sondern innerhalb und durch die ökonomischen Gesetze wirke. Im Unterschied zu diesem ist er jedoch der Ansicht, daß die Wirkung der Macht von Dauer sei, was sich in der modernen kapitalistischen Wirtschaft in einer langfristig positiven Profitrate manifestiere. Oppenheimers in der surplustheoretischen Tradition der Klassiker und Marxens stehende Profiterklärung verlangt den Nachweis, daß der Reallohn ‚auf Dauer und im Durchschnitt‘ unter der Nettoproduktivität der Arbeit liegt, was wiederum eine permanente Tendenz zum Angebotsüberschuß auf dem Arbeitsmarkt voraussetzt. Da Oppenheimer die auf die Malthussche Bevölkerungstheorie zurückgehende klassische Begründung der fraglichen Tendenz ebenso verwirft wie die mit der arbeiterfreisetzenden Wirkung des technischen Fortschritts argumentierende Marxens, muß er einen neuen Weg ein-

schlagen. An dessen Anfang steht die Feststellung eines Quasimonopols an Grund und Boden.<sup>3</sup> Im Gegensatz zu David Ricardo glaubte Oppenheimer, daß zu der klassischen Grundrente noch eine Monopolrente komme, die aus einer Machtstellung des Grundeigentümers resultiere. Nur aus dieser Perspektive war es verständlich, daß Oppenheimer bis zuletzt an seiner drastischen Kritik am Großgrundeigentum festhielt und seine Auflösung propagierte, weil er es für die Landflucht verantwortlich machte. Seine Beseitigung würde zum Niedergang aller anderen Monopole, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und des Pauperismus führen.

Allerdings beschränkte sich Oppenheimer nicht nur auf diese Forderung. Sein „liberaler Sozialismus“ stellte ein umfassendes ordnungspolitisches Modell dar. Es berücksichtigte konsequent die sozialistische Forderung nach sozialer Gleichheit und war wahrscheinlich der erste wissenschaftliche Begründungsversuch, egalitäre und konkurrenzwirtschaftliche Prinzipien zu vereinbaren, ohne das Gleichheits- in ein zwangsläufig indifferentes Gerechtigkeitsprinzip abzuschwächen. Im Gegensatz zur marxistischen These glaubte Oppenheimer nicht, Landflucht, Arbeitslosigkeit und soziales Elend durch die „Expropriation der Expropriateure“ lösen zu können. Im Gegenteil sei der Produktivitätsfortschritt ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln undenkbar. Die wirklich freie Konkurrenz würde, und hier bezog sich Oppenheimer auf Adam Smith, zur „Harmonie der Interessen“ führen. Sein utopisches Modell der Gründung von Siedlungsgenossenschaften beruhte auf dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzip. Die Produktivität der Siedlungsgenossenschaften sollte den Kapitalismus ablösen, den Staat zurückdrängen und das menschliche Bedürfnis nach Wohlstand und „Freibürgerschaft“ befriedigen. Oppenheimers Konzept grenzte sich damit sowohl gegen einen ungezügelter Kapitalismus ab, als auch gegen den „deutschen Sozialismus“ Werner Sombarts, der die Forderung nach einer Unterordnung der Nationalökonomie unter die staatlichen Interessen und eine „Reagrarisierung“ Deutschlands „aus

---

3 Kurz, Heinz D. (1989), Die deutsche theoretische Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik, in: Scheffold, Bertram (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. VIII., Berlin, S. 11-62, hier S. 20f.

strategischen, völkischen und wirtschaftlichen Gründen“ erhob, was im Zusammenhang zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu sehen ist.<sup>4</sup> Oppenheimer wollte nicht zu vormodernen, ständischen Idealen zurück, wie dem „geschlossenen Handelsstaat“ Johann Gottlieb Fichtes. Er wollte eine „offene“, dynamische, technisierte, zivilisierte und nicht zuletzt demokratische „Wirtschaftsgesellschaft“, die ihre kulturellen Traditionen wahren, aber dies nicht zum Vorwand erheben sollte, strukturelle Probleme ungelöst zu lassen. Wirtschaftskrisen, Subventionen oder Schutzzölle waren nach Oppenheimer ebenso zu bekämpfen, wie Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit.

Des Ideal einer „vernünftigen“ Marktwirtschaft sollte nach Oppenheimer den Ausgleich von Produktion und Konsumption, das Marktgleichgewicht stets aufs neue herstellen. Dazu sollten die Interessen von Anbietern und Konsumenten dauerhaft in Genossenschaften ausgeglichen werden, da es Genossenschaftsmitgliedern möglich sei, im Rahmen der freien Konkurrenz „vernünftig“ sowohl als „Käufer“ als auch als „Verkäufer“ zu agieren. Damit sei die „Ausbeutung von Menschen durch Menschen“ nicht mehr möglich und das Einkommen richte sich direkt nach Qualifikation und Leistung, d. h. der Ertrag der Arbeit werde gerecht verteilt, was wiederum gleichbedeutend mit einer relativen Gleichheit der Einkommen sei. Eine monopolistische Marktposition in der freien Wirtschaft sei, so die These Oppenheimers, über einen „Preiskrieg“ nicht mehr durchsetzbar, da Arbeitskräfte hier so knapp seien, daß sich Kostenvorteile durch Lohnsenkungen nicht erzielen lassen. Bei Einkommensverlusten würden die betroffenen Arbeiter sofort den Betrieb verlassen. Außerdem verhindere die innerbetriebliche Demokratie ein solches Vorhaben bereits im Ansatz. Das Verhalten der Angebotsseite folge in der „reinen“ Ökonomie zweckrational den Erfordernissen des Marktes, die Spekulation als Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft sei also beseitigt. Umgekehrt könnten sich auch die Verbraucher aufgrund der Vielzahl von Anbietern zweckrational für die qualitativ besten und preiswertesten Produkte entscheiden, willkürliche Preissteigerungen seitens der Produzenten oder Händler seien deshalb ausgeschlossen. Oppenheimer war der Meinung, dies beende die zyklischen Krisen des Kapitalismus.

---

4 Vgl. Barkai 1988, S. 92-6.

Der Ideenhistoriker Alfred Kruse wandte gegen Oppenheimers These, der Ausgleich von Angebot und Nachfrage in der genossenschaftlichen Wirtschaft bzw. die Stärkung der volkswirtschaftlichen Nachfrage führe zu Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstand, folgendes kritisch ein: „Insgesamt könnte das (die gesteigerte Nachfrage der Arbeitnehmer; d. Verf.) aber für die Volkswirtschaft keine Steigerung der Nachfrage bedeuten, sondern nur eine Verschiebung der Nachfrage von den Beziehern der Besitzeinkommen zu den Arbeitern. Zur Erweiterung der Produktion ist aber in jedem Falle eine größere Menge von Produktionsmitteln erforderlich. Daß diese nicht in unbegrenzter Menge in der ‚politischen Ökonomie‘ zur Verfügung stehen, hat nicht nur darin seinen Grund, daß es keinen Profit ohne Zinsen gibt, sondern auch darin, daß die Kapitalgüter knapp sind, weil zu ihrer Hervorbringung gearbeitet werden muß, ohne daß dem Arbeiter als Arbeitsertrag sogleich ein konsumreifes Produkt zufallen kann. Er muß gleichsam warten, bis die Maschine von ihm hergestellt ist und durch Arbeit mit dieser Maschine verbrauchsreife Güter erzeugt werden. Wenn also die Maschinerie ‚riesenmäßig‘ zunehmen soll, dann muß auch ‚riesenmäßig‘ auf Bedarfsbefriedigung in der Gegenwart im Interesse einer besseren Versorgung in der Zukunft verzichtet, also gespart werden. Daß dies in der ‚reinen Ökonomie‘ in größerem Umfang geschehen wird als in der ‚politischen Ökonomie‘, dafür fehlt jeder Grund.“<sup>5</sup> Die Gründungsphase der bundesdeutschen Wirtschaft war ein Beispiel, daß ein paralleles Wachstum des Konsum- und Produktionssektors durchaus vereinbar ist. Kruse übersah zum Beispiel, daß die Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen keineswegs im Widerspruch zur Kapitalakkumulation steht. Einerseits fällt der Umverteilungskonflikt von (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern und Unternehmern weg, der die Firmen v. a. in Krisenzeiten schwächt. Andererseits kann ein Teil des Lohnes bzw. der Lohnsteigerung als Kapital akkumuliert werden, was das Eigenkapital der Unternehmen erhöht und für die Arbeiter insofern motivierend ist, als sie ihre Gewinnbeteiligung, Vermögensbildung und Arbeitsplatzsicherheit erhöhen können. Drittens gilt die Unterscheidung von gegenwärtiger und zukünftiger Konsumerwartung

---

5 Kruse, Alfred (1959/1991), *Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien*, Berlin, S. 153f.

unter diesen Voraussetzungen gleichermaßen für Arbeiter und „Unternehmer“ als Sparanreiz. Zuletzt ist das Postulat, daß Eingriffe in eine Marktwirtschaft durch staatliche Institutionen zu massiven Störungen des wirtschaftlichen Wachstums und der marktwirtschaftlichen Regulationsfunktion führen, in der „bürgerlichen“ Wirtschaftswissenschaft in toto unumstritten, selbst wenn zum Beispiel Vertreter des Neoliberalismus die Position einer marktkonformen staatlichen Interventionspolitik vertraten.

Sicherlich beurteilte Oppenheimer die homogenisierende Wirkung eines marktwirtschaftlichen Verteilungsmechanismus zu optimistisch, und auch die von ihm favorisierten Siedlungsgenossenschaften erwiesen sich schon zu seinen Lebzeiten als untaugliches Mittel, die erhoffte „Freibürgerschaft“ durch ein genossenschaftliches Reformprogramm zu erreichen. Die Siedlungsgenossenschaften waren in ihrem wirtschaftlichen Erfolg zu stark von dem Engagement und der Begeisterungsfähigkeit ihrer Mitglieder abhängig, um zum Instrument einer grundlegenden Wirtschaftsreform zu werden. Das leistungsabhängige Einkommen der einzelnen Siedler und Mitarbeiter, das Oppenheimer als unverzichtbares Element jeder Wirtschaftsordnung betrachtete, hatte in diesem sozialen Milieu – zumal in einem kapitalistischen Umfeld – eher eine desintegrierende Wirkung, die bereits nach kurzer Frist den vielbeschworenen „genossenschaftlichen Geist“ zersetzen und die Siedlungsgenossenschaft existentiell gefährden konnte. Die Siedlungsgenossenschaft offenbarte sich als Modell, daß im wesentlichen für „lebensmüde Städter“ gedacht war.

Das ordnungspolitische Potential seines „Dritten Weges“ erschöpfte sich jedoch keineswegs in diesem Aspekt. Oppenheimer befaßte sich in „Praktische Ökonomik und Volkswirtschaftspolitik“ (1913) mit dem Problem, neben einer von ihm initiierten Genossenschaftsbewegung, „Träger“ für seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu benennen: „Noch heute überwiegt der Einfluß und die Tätigkeit des Staates in der gemeinnützigen Wirtschaftskunst alle anderen Einflüsse, überwiegt sie so stark, daß immer noch manche Forscher die praktische Nationalökonomie mit der *staatlichen* Volkswirtschaftspolitik identifizieren. Aber, was einst annähernd richtig war, ist heute viel zu eng geworden. Mit der Ausweitung der Wirtschaftskreise von der Stadt- zur Volkswirtschaft und dann zur Internationalwirtschaft, mit der Verdichtung

der Bevölkerung auf der Fläche, hat sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und -vereinigung in ungeheurem Maße vermehrt und verfeinert, sind die wirtschaftlichen Kräfte ins Ungeheuere gewachsen, während gleichzeitig die früher fast unbeschränkte Macht des Staates über das Wirtschaftsleben seiner Bürger aus den gleichen Ursachen immer mehr eingeengt wurde (...) So entstanden gleichsam Staaten im Staate, gewaltige private Organisationen der Interessenvertretung und nicht minder gewaltige private Organisationen für die Beförderung des gemeinen Nutzens im allgemeinen und der wirtschaftlichen Wohlfahrt im besonderen.“<sup>6</sup> Der Machtzuwachs der Unternehmen und Verbände, die oftmals mächtiger seien als kleine Staaten, müsse diese verpflichten, die wirtschaftspolitischen Folgen ihrer Tätigkeiten zu kalkulieren und im Hinblick auf das übergeordnete Ziel des Gemeinwohls abzustimmen. Dies gelte nach Ansicht Oppenheimers in besonderem Maße für Politiker, Parteien und Regierungen, die keinesfalls nur die Interessen ihrer jeweiligen Klientel vertreten dürften. Interessenkonflikte sollten durch wissenschaftliche Beratung aufgehoben werden. Die Wirtschaftswissenschaft trage deshalb eine hohe ethische Verantwortung und müsse aktiv in die Wirtschaftspolitik eingreifen: „Darum hat jeder Parlamentarier, jeder praktische Politiker, und in Staaten mit konstitutioneller Verfassung sogar jeder Wähler Volkswirtschaftspolitik zu treiben, und sollte sich dabei von der Kunstlehre der praktischen Ökonomik beraten lassen.“<sup>7</sup> Die Nationalökonomie sollte nach seiner Ansicht eine zentrale Aufgabe in der Gestaltung des Wirtschaftslebens übernehmen.

Diese Setzung führt ins Zentrum von Oppenheimers Lebenswerk: dem Verhältnis von Geist und Macht. Eine Wissenschaft im „Elfenbeinturm“ lehnte er entschieden ab. Der Wissenschaftler Oppenheimer wollte einerseits die Bedingungen und Ausprägungen der „Wirtschaftsgesellschaft“ wertfrei untersuchen und andererseits sich aktiv in die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse einmischen. Unabhängig von der grundsätzlichen Frage, für wie problematisch oder chancenreich man diese Funktionalisierung wissenschaftlicher Ergebnisse hält,

---

6 Oppenheimer, Franz (1913b), *Praktische Ökonomik und Volkswirtschaftspolitik*, in: *Annalen der Natur- und Kulturphilosophie*, hg. v. Wilhelm Ostwald u. Rudolf Goldscheid, Bd. 12, Leipzig, S. 307-51, Zitat S. 311, Hervorhebungen im Original.

7 Vgl. Oppenheimer 1913b, S. 312f., Zitat S. 313.

zeigte sich, daß Oppenheimer seine wissenschaftliche Arbeit immer wieder auf die monokausale These der „Bodensperre“ verengte. Er benutzte Wissenschaft als „Kampfbegriff“, um seine Vorstellungen zur Beseitigung der sozialen Mißstände bzw. zur Gesellschaftsreform zu begründen und sich für Gruppen einzusetzen, die seitens der staatlichen oder parteigebundenen Politik weitgehend ignoriert wurden, wie vor allem die osteuropäische Landarbeiterschaft. Zwar milderte er den Konflikt von „reiner“ und „politischer“ Wissenschaft dadurch ab, daß er seine Zielsetzung ethisch zu rechtfertigen suchte, doch war dieser Dualismus nur schwer durchzuhalten. Es gelang Oppenheimer, seine Identität insoweit zu wahren, als er sich nicht von Gruppeninteressen vereinnahmen ließ. Sowohl in der zionistischen Bewegung als auch gegenüber Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen und Kommunisten bewahrte er Distanz, wenn er die Gefahr sah, daß seine Vorstellungen verfremdet oder instrumentalisiert werden sollten. Oppenheimer war ein politischer Wissenschaftler, der sich als Wirtschafts- und Politikberater betätigte, sich aber gegenüber der Parteipolitik und politischen Agitation absetzte: „Ich selbst habe mich solchen Bestrebungen (gemeint ist die politische Agitation bzw. die Gründung einer Partei; d. Verf.) jederzeit ferngehalten: vielleicht der schwerste Verzicht, zu dem mich meine Arbeit zwang. Denn ich habe einige Male die fast unvorstellbare Krafterhöhung und Seligkeit kennengelernt, die der erfolgreiche Redner verspürt, wenn er auf einer Riesenversammlung spielt wie der Künstler auf seinem Instrument. Die von ihm ausstrahlende Kraft kehrt vertausendfacht zu ihm zurück und entbindet in ihm Gewalten, die er nie in sich vermutet hätte. Aber ich widerstand der Versuchung: erst mußte meine Arbeit vollendet, der letzte Zweifel beseitigt, die letzte Lücke meiner Beweiskette ausgefüllt sein, und so zwang ich mich zurück in die Einsamkeit meiner Bücherei und an meinen Schreibtisch.“<sup>8</sup>

Die Wissenschaft, so könnte man diese Maxime zusammenfassen, dürfe sich nicht durch die „Macht“ korrumpieren lassen. Sein gesamtes Lebenswerk ist nur aus dieser Haltung verständlich. Dementsprechend bemühte Oppenheimer sich um ein wirtschaftspolitisches Konzept, das

---

8 Oppenheimer, Franz (1931/1964), *Erstrebtes, Erlebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen*, hg. v. Ludwig Yehuda Oppenheimer, Düsseldorf, S. 169.

seiner Auffassung von „Liberalität“ nicht widersprach: „(...) die Aufgabe der Volkswirtschaftspolitik besteht darin, überall da einzusetzen, wo Leistungen vollzogen werden müssen, die das Selbstinteresse, die privatwirtschaftliche Initiative, nicht übernehmen kann, nicht übernehmen will oder nicht übernehmen darf und soll.“<sup>9</sup> Dies treffe auf sogenannte meritorische Güter zu, wie Straßen- und Schiffahrtswegebau oder die praktische Einführung von neuen, volkswirtschaftlich sinnvollen Produktions- und Anbaumethoden.<sup>10</sup> Die staatlichen Möglichkeiten zur Förderung des marktwirtschaftlichen Prozesses seien allerdings eng begrenzt. Die Finanzpolitik könne zwar durch Einkommens- und Erbschaftssteuern einen gewissen Umverteilungseffekt erzielen, doch letztlich würde das Gemeinwohl zugunsten von „Klasseninteressen“ vernachlässigt. Größere Bedeutung maß Oppenheimer der Bildungspolitik und dem gesetzlichen Spielraum zur Gestaltung der Besitz- und Bodenordnung bei.<sup>11</sup>

Grundsätzlich müßten sich die staatlichen Anstrengungen nach seiner Aussage auf die Beseitigung der hemmenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konzentrieren, die die Gesetzgebung und Exekutive zu verantworten hätten. „Hierher gehört in historischer Betrachtung die Aufhebung der Zünfte, der Sklaverei, der Erb- und Gutsuntertänigkeit, der Souveränität der Kolonialgesellschaften, der ausschließenden Monopole gewisser Fabrikanten, Händler, Rheder usw., kurz die Beseitigung aller sog. ‚verliehenen‘ öffentlich-rechtlichen Monopole, die dem freien Verkehr schädlich sind. In der Gegenwart würden hierhin gehören die gleichfalls öffentlich-rechtlichen Privilegien der ‚Toten Hand‘, namentlich der Majorate und Fideikomnisse, deren Aufhebung von den meisten Volkswirten gefordert wird, nach anderen die Aufhebung aller der einzelnen Grenzzölle, aller der einzelnen Prämien auf Ein- und Ausfuhr, die Aufhebung gewisser Subventionen, die in Deutschland z. B. offen an einige Schiffahrtsgesellschaften und versteckt in höheren Preisen an einige Fabrikanten von Kriegs- und Flotten-Material gezahlt werden, um ihre Betriebe zu besonderer Leistungsfähigkeit zu entwickeln. – Ferner kommt hier in Betracht die Aufhe-

---

9 Oppenheimer 1913b, S. 314f., Hervorhebungen im Original.

10 Vgl. Oppenheimer 1913b, S. 315-7.

11 Vgl. Oppenheimer 1913b, S. 341-4.

bung im Kampfe der Wirtschaftsinteressen benachteiligten, so z. B. die Aufhebung des Koalitionsverbotes für Landarbeiter in Preußen, das noch gesetzlich in Kraft ist, und die volle Durchführung der Koalitionsfreiheit der Fabrikarbeiter, die hier und da noch widergesetzlich durch die Verwaltungsbehörden beeinträchtigt wird.“<sup>12</sup> Zusammenfassend beurteilte Oppenheimer die Chancen einer Reform staatlicher Wirtschaftspolitik sehr pessimistisch. Zur Bekämpfung der sozialen und ökonomischen Probleme der kapitalistischen Monopolwirtschaft seien privatwirtschaftliche Initiativen, vor allem eine umfassende „innere Kolonisation“ weitaus wichtiger.<sup>13</sup>

Oppenheimer maß dem Subsidiaritätsprinzip in seinem „liberalen Sozialismus“ einen hohen Stellenwert bei. Den Idealfall dachte er sich als föderale Einheit von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Soziale Sicherheit, die Garantie des Existenzminimums und des Arbeitsplatzes, sollte nicht durch ein staatliches Sozialwesen gewährleistet werden; sie sei strukturell und ethisch im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu verankern. Sein reformpolitischer Ansatz mußte deshalb zumindest im Modell die gleichzeitige Neuordnung des politischen und ökonomischen Systems vorsehen. Oppenheimer vertrat eine Verbindung von ökonomischer und politischer Demokratie, sozusagen einen radikalen Föderalismus. Er forderte die Auflösung der zentralistischen Nationalstaaten unabhängig davon, ob eine parlamentarische oder konstitutionelle Verfassung gegeben war. Die Aufgaben der zu bildenden supranationalen Organisation seien auf ein Minimum zu beschränken, die Befugnisse der lokalen Administrationen seien zu maximieren und im lokalen Rahmen demokratisch zu kontrollieren. Oppenheimers Modell beanspruchte „Herrschaft“ durch „Genossenschaft“ zu ersetzen, d. h. die Ausübung von Macht sollte auf ein soziales Mindestmaß reduziert werden. Dem einzelnen Menschen wachse damit äquivalent zum ökonomischen Handeln in der Genossenschaftswirtschaft ein Höchstmaß an Eigenverantwortlichkeit in seinem politischen Handeln zu, die etwa undemokratische Entwicklungen im Ansatz verhindere. Oppenheimers Konzept sah eine Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vor und stand damit sowohl im Gegensatz zum Primat

---

12 Oppenheimer 1913b, S. 341.

13 Vgl. Oppenheimer 1913b, S. 321f. u. 345f.